





Die Streikbewegung in Frankreich. Die Bauarbeiter... Die Metallarbeiter... Die Arbeiter... Die Arbeiter... Die Arbeiter...

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 28. Mai 1906.

Zum Schifferstreik.

Aus Neberkreisen erhalten die bürgerlichen Blätter folgende Zuschrift:

Auf die Zeitungsnotizen, daß die Nebereien mit ihren Angestellten auf Wunsch die Lohnfrage wohlwollend erörtern würden, meldeten sich gestern und heute bei drei hiesigen größeren Nebereien je 4 bis 5 Leute,umeist solche, die erst seit diesem Jahre bedienstet waren, und erklärten, sie wollten als Erwählte verhandeln.

Charakteristisch ist übrigens, daß das Flugblatt nur unterzeichnet ist: Die Obernebereien. Es hat also niemand von den Nebern gewagt, das unwahre Flugblatt mit seinem eigenen Namen zu bezeichnen.

Ein neuer Scharfmacherverband. Einem tiefgefühlten Bedürfnis glaubte der Taxameterbesitzer Emil Zabel abhelfen zu müssen, als er die „Gründung“ eines Verbandes der Taxameterbesitzer ins Werk leitete.

Am Orte besteht schon je ein Taxameterbesitzer-Verein für die erste und zweite Klasse, und nun noch der neue „Verband“ — da wird es doch sicher den Herren Besitzern besser gehen.

Der prov. Vorstand. E. Zabel.

So das Schreiben! Echtes scharfmacherisches Unternehmertum en miniature. Daß der Verband die Kutscher „aufgehört“ habe, ist eine Unwahrheit.

Die verbottene Gastwirtsgehilfenversammlung. Die am vorigen Freitag in den Antonfestsälen stattgefunden sollte, hat für den Verband ein überraschendes Resultat gehabt.

Mit die Parteigenossen der Scheitnitzer Vorstadt findet am Dienstag, Abends 8 Uhr, eine große öffentliche Volksversammlung im Saale der Fürstentronen, Fürstentstraße 22, statt.

Genosse Schütz über das Thema: Die Forderungen der werktätigen Bevölkerung an die Stadtverwaltung sprechen wird.

Die heutige Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins wird nach einem Vortrage des Genossen Rühle über die Zusammenhänge der Volkswirtschaft mit der Volkswirtschaft die Wahl der Delegierten zum Schlesischen Parteitage vornehmen.

Ertrunken ist gestern Sonntag gegen Mittag der Fuhrherr Ernst in Rosenthal mit seinen beiden Pferden, die er zur Schwemme in die Timmlerlache geführt hatte.

Polizeiliche Festnahmen. In das Polizeigefängnis wurden am 25. d. Mts. 24 Personen eingeliefert.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

Achtung, Drechsler! In der Tischlerei von Rosigate, Posenerstraße 33, mußten die Drechsler in den Streik treten, weil die Besitzerin des Geschäfts sich weigerte, den Tarif anzuerkennen.

Achtung, Drechsler aller Branchen. Dienstag, den 29. Mai, Abends, gleich nach Feierabend, findet im Zimmer Nr. 1 des Gewerkschaftshauses eine Zusammenkunft der Drechsler statt.

Aus Schlesien und Polen. Anträge zum Schlesischen Parteitage.

Der schlesische Provinzialparteitag ersucht den Parteivorstand, für den — ohne die 3 Breslauer Kreise — 12 Wahlkreise umfassenden Agitationsbezirk Breslau einen Parteisekretär anzustellen.

Der schlesische Provinzialparteitag fordert den Parteivorstand auf, Schlesien mehr als bisher mit Referenten zu berücksichtigen.

Die Anstellung eines Parteisekretärs für den Agitationsbezirk Breslau halten wir für notwendig, weil der hiesige Wohnsitz nicht in Breslau haben.

Die Parteisekretäre der Agitationsbezirke haben auch ohne besonderen Mandat eines Wahlkreises das Recht, an den schlesischen Parteitagen teilzunehmen.

Der schlesische Parteitag wolle beschließen, sämtliche Anzeigen und Publikationen der Privatvereine als Radfahrer-, Turn-, Gesangsvereine u. sind im Vereinskalender aufzunehmen und hierfür entsprechendes Honorar zu erheben.

Der schlesische Provinzialparteitag beschließt, den Wahlkreifen auf ihre im Kreise verbreiteten Parteiblätter einen größeren Einfluß einzuräumen.

Der Parteitag beauftragt die Provinzialkommission, alljährlich eine Konferenz der auf dem Boden der Sozialdemokratie stehenden Gemeinde-Vertreter zur gegenseitigen Aussprache und Anregung zu berufen.

Der Parteitag wolle beschließen: Alljährlich hat eine Konferenz sämtlicher schlesischer Gemeindevertreter behufs Aussprache über provinzielle und kreisliche-kommunale Fragen stattzufinden.

Die oberschlesischen Genossen bitten die Breslauer und anderen schlesischen Genossen, bei Abschluß von Versammlungskontakten mit auswärtigen Rednern nach Möglichkeit auch auf die oberschlesischen Genossen Rücksicht zu nehmen.

Bei der immer mehr und mehr erstarrenden politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, der daraus resultierenden steigenden Nachfrage nach geschulten, guten Rednern, sowie der großen Ueberlastung der vorhandenen Kräfte, wolle der Parteitag beschließen, daß teils der Partei, teils der Heranbildung von Rednern an allen Orten, wo dazu befähigte und geeignete Genossen vorhanden sind, Kurse eingerichtet werden, in denen von einer ersten Kraft der Unter-richt erteilt und die Übungen geleitet werden.

Die freie Vereinigung von Ortskrankenkassen der Provinz Schlesien findet am Sonntag, den 27. Mai, in Sagan u. Ähre diesjährige Generalversammlung ab.

Die freie Vereinigung von Ortskrankenkassen der Provinz Schlesien findet am Sonntag, den 27. Mai, in Sagan u. Ähre diesjährige Generalversammlung ab.

Freien Vereinigung“ beigetreten. Der Vorsitzende behauptete, daß der Verkehr zwischen den Einzelassen und der geschäftsführenden Kasse ein wenig lebhafter sei.

Die Ausgaben der Vereinigung betragen 380.47 Mark. Diese Summe wird im Anlageverfahren in der Weise aufgebracht werden, daß jede Kasse für jedes Hundert oder angefangene Hundert Mitglieder 40 Pfennig zahlt.

Stenographische Aufzeichnungen der Zusammenhänge der Parteigenossen des 7. Internationalen Arbeiter-Versicherungskongresses in Wien, am dem er im Auftrage der Vereinigung teilgenommen hatte.

Dem mit lebhaftem Interesse aufgenommenen Vortrag, den der demüthig ausführend bringend worden, folgte eine lebhafte Diskussion.

Die geschäftsführende Kasse der Freien Vereinigung der Ortskrankenkassen Schlesiens soll mit den Vereinigungen der Apotheker Schlesiens in Verbindung treten.

Die geschäftsführende Kasse der Freien Vereinigung der Ortskrankenkassen Schlesiens soll mit den Vereinigungen der Apotheker Schlesiens in Verbindung treten.

Die geschäftsführende Kasse der Freien Vereinigung der Ortskrankenkassen Schlesiens soll mit den Vereinigungen der Apotheker Schlesiens in Verbindung treten.

Die geschäftsführende Kasse der Freien Vereinigung der Ortskrankenkassen Schlesiens soll mit den Vereinigungen der Apotheker Schlesiens in Verbindung treten.

Die geschäftsführende Kasse der Freien Vereinigung der Ortskrankenkassen Schlesiens soll mit den Vereinigungen der Apotheker Schlesiens in Verbindung treten.

Die geschäftsführende Kasse der Freien Vereinigung der Ortskrankenkassen Schlesiens soll mit den Vereinigungen der Apotheker Schlesiens in Verbindung treten.

Die geschäftsführende Kasse der Freien Vereinigung der Ortskrankenkassen Schlesiens soll mit den Vereinigungen der Apotheker Schlesiens in Verbindung treten.

Die geschäftsführende Kasse der Freien Vereinigung der Ortskrankenkassen Schlesiens soll mit den Vereinigungen der Apotheker Schlesiens in Verbindung treten.

Die geschäftsführende Kasse der Freien Vereinigung der Ortskrankenkassen Schlesiens soll mit den Vereinigungen der Apotheker Schlesiens in Verbindung treten.

Die geschäftsführende Kasse der Freien Vereinigung der Ortskrankenkassen Schlesiens soll mit den Vereinigungen der Apotheker Schlesiens in Verbindung treten.

Die geschäftsführende Kasse der Freien Vereinigung der Ortskrankenkassen Schlesiens soll mit den Vereinigungen der Apotheker Schlesiens in Verbindung treten.

Die geschäftsführende Kasse der Freien Vereinigung der Ortskrankenkassen Schlesiens soll mit den Vereinigungen der Apotheker Schlesiens in Verbindung treten.

Die geschäftsführende Kasse der Freien Vereinigung der Ortskrankenkassen Schlesiens soll mit den Vereinigungen der Apotheker Schlesiens in Verbindung treten.

Die geschäftsführende Kasse der Freien Vereinigung der Ortskrankenkassen Schlesiens soll mit den Vereinigungen der Apotheker Schlesiens in Verbindung treten.

Die geschäftsführende Kasse der Freien Vereinigung der Ortskrankenkassen Schlesiens soll mit den Vereinigungen der Apotheker Schlesiens in Verbindung treten.





Abg. Jurell (Soz.): Es ist etwas ganz Neues, daß den Arbeitern die Arbeitsverträge abgenommen werden...

Generalmajor Eigt v. Arnim: Die Gewährung der Abg. Jurell müssen außerordentlich unwirtschaftliche Menschen gewesen sein.

Präsident v. Clemen: Ich bin für Material mit Namensnennung stets dankbar. Aber vorerst allgemeine Ausdrückungen nehmen allmählich den Charakter von Verleumdung an.

Abg. Jurell (Soz.): Vor drei Jahren habe ich meine Anschuldigung in öffentlicher Versammlung in Stalien bei Spandau erhoben. Wären sie auf Unwahrheit beruht haben, so hätte man mich unter Anklage stellen können.

Beim Extraordinarium bringen die Abgg. Oegewann (natl.) und Dr. Müller-Sagan (Freil. Vpl.) Wünsche in Bezug auf die Entschädigung der Lehiger beim Truppenübungsplatz in Köslberg i. B. vor.

Beim Etat des Reichsmilitärgerichts wird ein Antrag Wassermaun (Natl.) v. Dertling (Str.) auf Bewilligung des in zweiter Lesung abgelehnten Dienstgebäudes in Berlin gegen die Stimmen der Rechten, der Rationalliberalen und einiger Zentrumsd Abgeordneten abgelehnt.

Der Marine- und der Justizetat werden behaltlos angenommen. Ebenso noch verschiedene Bemerkungen der Mitglieder des Reichstages.

Beim Etat des Reichshofrats wird ein Antrag Graf Bernstorff (Welter) über den Titel Staatssekretär namentlich abgelehnt. Der Titel wird mit 143 gegen 119 Stimmen bei 9 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Abg. Gröber (Zentr.) beantragt, dem Kommissionsantrag auf Schaffung eines Unterstaatssekretärs nunmehr wieder herzustellen und 20,000 Mk. Gehalt zu bewilligen.

Unterstaatssekretär im Reichshofrat Tweste (der vorher mit Graf Poladowsky konteriert war) empfindet den Antrag Gröber. Die Abg. Semmler (Natl.) und Abg. Dr. Müller-Sagan (Freil. Vpl.) erklären sich gegen den Antrag Gröber, den dieser darauf zurückführt.

Präsident Graf v. Helldorf: Da nunmehr ein Vakuum entstanden ist, müssen wir am Montag noch einmal zusammen kommen. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte schließt sich das Amt der Präsidenten an und verlegt sich auf Montag 2 Uhr.

(Fortsetzung der dritten Beratung des Etats.)

Schluss 8 Uhr.

Verhandlung der Holzarbeiter.

In der Verhandlung am Mittwoch stand der Bericht der Redaktion der Holzarbeiterzeitung. Die Redaktion hat sich auch in der abgelaufenen Geschäftsperiode bemüht, die Zeitung nach den alten, von früheren Verbandskongressen anerkannten Grundsätzen zu leiten.

Zu dem Gegenstand waren zwei Anträge vor. Die eine Verbesserung des redaktionellen und des materiellen der Holzarbeiterzeitung bezüglichen. In dem nämlichen Rahmen behandelte sich im allgemeinen die Diskussion.

Der Verbandstag erklärte sich gegen zwei sehr Stimmen in einer Resolution mit der Lösung der Redaktion in der bisherigen Weise einverstanden und lehnt die Redaktion über alles ab. Eine freivergebende Resolution wird, die das Redaktionsamt gegenüber dem Reichshofratsamt verurteilt.

Es folgte der Gegenstand: Beilage-Erhöhung und Einschränkung der Kranken-Unterstützung. Dazu lag eine große Anzahl Anträge vor. Sie wollen den Beitrag von 25 bis zu 70 Pfg. hinaus erhöhen.

Die unzufriedene Regierung hat nun endlich auf die Duma-Adresse die lange erwartete Antwort gegeben. Am Sonnabend Mittag hatte zahlreiches Publikum die Plätze auf den Tribünen eingenommen und die Abgeordneten stürzten zur Sitzung, obwohl diese erst für 2 Uhr anberaumt war.

Aus Russland.

Die Antwort der Regierung.

Die unzufriedene Regierung hat nun endlich auf die Duma-Adresse die lange erwartete Antwort gegeben. Am Sonnabend Mittag hatte zahlreiches Publikum die Plätze auf den Tribünen eingenommen und die Abgeordneten stürzten zur Sitzung, obwohl diese erst für 2 Uhr anberaumt war.

Die Regierung, welche ihrer Tätigkeit strenge Berechnung an Grundes legt, erklärt volle Bereitwilligkeit, der Bearbeitung der von der Duma angelegten Fragen, soweit diese nicht den Rahmen der ihr zustehenden gesetzgeberischen Initiative überschreiten, ihre volle Unterstützung zu leisten, auch hinsichtlich der Abänderung des Wahlrechts, obgleich sie dafür hält, dass die Frage nicht einer sofortigen Beratung unterliege.

Die auf die Regierungsdantwort folgende Debatte war ungemein hitzig. Rodizki griff die Regierung an das bestigste an; vor Anfertigung sitzend und von donnerndem Beifall unterbrochen, führte er aus: Die Minister müssten sich moralisch verantwortlich fühlen vor dem Volk, das betrogen sei.

Als Redner könne er behaupten, dass die Arbeiter in den Universitäten jetzt nicht aufgenommen werden. Der Rechtsanwalt Winawer weist der Regierung nach, sie habe nicht den Mut gehabt, alle brennenden Fragen zu berühren. Der Justizminister Schlogowitsch suchte die Regierung zu verteidigen. Da er das nicht ungeschickt machte, erwiderte sogar einige Beifallsrufe, doch von den Radikalen antwortete energisches Fischen. Grobesol entgegnete ihm.

Die Duma hatte am Freitag auf der Tagesordnung Wahlverfahren und die Vorlage betreffend die Unantastbarkeit der ordentlichen Richter Baron Koop beanstandet. Der Präsident teilte mit, dass 262 Wahlen, also über die Hälfte, von der Duma bestätigt seien; er verlas dann eine Erklärung von 66 Mitgliedern der Duma, die einen Antrag über die Befähigung von acht Landesdeputierten durch den baltischen Generalgouverneur auf Antrag der Duma die unantastbare Richterwürde auf die Nichtantastbarkeit der Landesdeputierten zu interpretieren.

Drohbriefe erhielten zahlreiche deutsche Pastoren in Ostpreußen. Alle Landpastoren sollen erschossen werden. Landpastor Grün in Doblen verwundet.

Wenigstens unerhört! Der „Regierungsbote“ besichert die Zahl der in der Zeit von Mitte Dezember 1905 bis Mitte Mai 1906 in der Verharmung geschlachten Personen auf 6825, die Zahl sich in den Gefängnissen 3851 wegen politischer Vergehen Angeklagte. Die Zahlen sind sicherlich noch zu gering.

Aus den baltischen Provinzen. Der Gouverneur von Estland, Paschlow, ist wegen dringender Angelegenheiten vom Minister des Innern, Stolwin, nach Petersburg berufen worden. Es sollen sehr beachtenswerte Nachrichten über die Lage in den baltischen Provinzen beim Ministerium des Innern eingelaufen sein.

In den Wästen! Der in Reimberg tagende 10. Kongress der polnisch-sozialistischen Partei beschloss eine Resolution, in welcher sich für den Fall, dass die geplante Wahlreform ernst gefährdet werden sollte, den Generalstreik vorzubereiten.

Der Matrosenaufstand in Odessa zieht alle Oasenstädte des Kaukasus und der Krain in Mitleidenschaft. Der gesamte Schiffsverkehr auf dem Schwarzen Meere ist lahmgelegt.

Wandelniederlegung. Der Duma-Abgeordnete von Charlow, Pinow, legte sein Mandat nieder, da er nicht am Tage sei imstande so hochschwebender Männer, die eine so gelehrte Sprache reden, 20 Abgeordnete lezten in ihre Bänke zurück, um ihr Land zu bebauen.

Vertrauter Generalgouverneur. Das Gericht beurteilte den Generalgouverneur des Transbaikals, General Goltzschew, wegen Überschreitung seiner Kompetenz und Missbrauch seiner Amtsgewalt zu 16 Monaten Festungshaft und Dienstentlassung.

Hungernot und Revolten. In 38 Kreisen von 24 Gouvernements sind 25 Millionen der Bevölkerung durch die letzte Missernte betroffen. Jetzt sind in diesen Gegenden Hunger, Scorbut und Typhus ausgebrochen. In vielen Ortschaften wurden im Frühjahr die Felder überhand nicht bestellt. Alles schreit nach Brot. Das Stroh von den Dächern wird zu Viehfutter verwendet. In den Gouvernements Charlow und Poltawa im Gange. Auf den Gütern patronisierende herrliche landwirtschaftliche Polikalien werden von den Bauern mit dem Tode bedroht. Infolgedessen reichen sie ihren Abschied ein. Die Gutbesitzer sind schutzlos.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 28. Mai.

Ein Fortschritt der Sonntagsruhe?

Eine Versammlung Breslauer Ladeninhaber tagte, wie bereits kurz gemeldet, am Freitag Abend im Stadtverordneten-Sitzungs-Saale, die sich mit der Frage der Einführung völliger Sonntagsruhe im Handelsgewerbe während der Sommermonate beschäftigte. Der Vorsitzende des Leipziger Verbandes der Handlungsgehilfen, Herr Scholz, hielt eine längere Ansprache, in der er bat, in den Monaten Juni, Juli und August den völligen Laden- und Geschäftsschluss durchzuführen.

Herr Becker, Herrenkonfession, ist gegen den Sonntagschluss. Seine Branche sei von der Arbeiterkundschaft abhängig, und da die Arbeiter Sonnabends meist früh genug Feierabend hätten, brauchen sie den Sonntag zumeist für ihre Einkäufe. Mit der Einführung des Achtstundentages könne man den Gehilfen mehr Wohlwollen erweisen, wenn derselbe nur strikte innegehalten würde. Herr Bruno Müller, Möbelwaren, ist mit dem Referenten einverstanden. Herr P. H. Lippst, Schuhwaren, ist gegen die Abschaffung der völligen Sonntagsruhe. Man sei auf den Fremdenverkehr angewiesen und dieser würde von Breslau abgehen, wenn hier an Sonntagen die Läden geschlossen, an anderen Orten dagegen offen gehalten würden. Er sei aber trotzdem ein Freund der allgemeinen Sonntagsruhe, nur müsse dieselbe durch Reichs-gesetz obligatorisch durchgeführt werden.

Von den Gegnern des Ladenschlusses meldeten sich dann noch einige Inhaber von Nigarrenhandlungen, Kubitz und Friedmann, zum Wort. Letzterer ist auch der Ansicht, man sei auf den Fremdenverkehr an Sonntagen angewiesen. Die Leute kauften sich Sonntags ihre Zigaretten in Breslau, weil sie in der Provinz eine ordentliche Zigarette nicht zu kaufen könnten. Herr Barasch meint, dass dann, wenn auf diesem Gebiete etwas getan werden sollte, es besser sei, es geschwehe freiwillig. Die Behörde solle man nicht zur eigenen Fesselung anrufen. Für die Lebensmittel- und Nigarrenbranche wolle man den Ladenschluss auch gänzlich. Man habe den Handlungsgehilfen den guten Willen der Unternehmer zeigen wollen. Herr London, Büchsenhandlung, ist für den Ladenschluss an allen drei Monaten. Herr Kroschiner will, dass man sich bei einer Umfrage auch an den Großhandel wendet. Herr Guttman, Papierwaren, will auch den September noch in die Monate mit völliger Sonntagsruhe einbezogen wissen. Herr Jarczyk schlägt vor, dass man die Geschäftsinhaber der einzelnen Branchen gesondert zusammenberufe. Wenn auch die heutige Versammlung kein direktes Resultat zeitigen würde, werde man doch in einigen Branchen Erfolge haben, und andere würden nachkommen. Herr Barasch verweist noch darauf, dass man jede Zulage als ein gegebenes Ehrenwort ansehen müsse, wenn man ohne die Behörden auskommen wolle. Mit denselben Falle nicht halten, müsse man sich in der Presse beschäftigen.

Am Schluss wurde durch Zuruf und freiwillige Meldungen eine Kommission aus Vertretern aller Branchen gebildet, die die Agitation für den Ladenschluss an den Sonntagen der Sommermonate in die Hand nehmen soll. Nur die Schuhwarenbranche ist in der Kommission nicht vertreten. Von den Zigarettenhandlungen ist natürlich ganz von selbst anzunehmen, dass sie zunächst unberührt bleiben.

Die rote Kranzschleife.

Wurde da kürzlich ein städtischer Gemeindegewerkschafter begraben. Der Verband städtischer Arbeiter hatte statuten-gemäß zur Beerdigung eine Deputation mit einem Kranz



